

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

29.12.1930 (No. 302)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: **Georg Meißner**, Karlsruhe

Expedition: **Karl-Friedrich-Str. 14**
Telefon Nr. 953 und 954
Postfach Nr. 3515

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM, einj. 22,50 RM, inkl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Erscheinen der Rechnung Zahlung erfolgt. Umfassende Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, Abrechnung und Kontoführung fällt der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, ein Zuschlag von 10% zu. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschänktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abrechnung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Abrechnung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: **Centralhandelsregister für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volksrechtblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.**

Französische Hetze Das schlechte Gewissen

Ein Wort, das der Zentrumsführer und Reichstagsabgeordnete Kaas für ein Werk über die Außenpolitik Deutschlands geschrieben hat, beunruhigt den Pariser „Temps“ und das „Journal des Débats“. Beide beschäftigen sich in Leitartikeln mit dem Inhalt der Ausführungen des Abg. Kaas und benutzen die Gelegenheit, um die politische Stimmung in Deutschland in überaus pessimistischem Sinne darzustellen. So schreibt „Temps“: Alle deutschen Staatsmänner, ob sie rechts, in der Mitte oder links stehen, wollen die Wiederherstellung der deutschen Macht in der Welt. Sie fordern Revision der Verträge, Abänderung der Ostgrenzen, allgemeine Abrüstung oder das Recht für Deutschland, sich ungehindert zu bewaffnen, und endlich den Anschluss oder besser gesagt, die „Annektion“ Österreichs. Das „Journal des Débats“, das Organ des Schwerkriegsindustriellen de Wendel, sieht schon eine neue Aufteilung Polens und auch die „Annektion“ Österreichs, natürlich auch die Wiederaufrichtung Deutschlands voraus. Wenn das, so ruft das Blatt aus, realisiert würde, dann würde man sich einem stärkeren Deutschland gegenüberfinden, als dem von 1914. Man müßte besonders nach sein, wenn man sich einbilden könnte, daß Deutschland, wenn es dieses Ergebnis hat, sich nicht in sehr aktiver Weise auch für seine Westgrenze interessieren würde. Nach dem Blatt möchte man von deutscher Seite der Welt den Glauben beibringen, daß die Stillung des deutschen Appetits das einzige Mittel sei, den Frieden zu bewahren.

Bei den erwähnten Ausführungen des Prälaten Kaas handelt es sich um sein Wortwort zu der in diesen Tagen erschienenen Schrift des Außenpolitikers der „Germania“, Hagemann. Der Zentrumsführer kennzeichnet in seinem Wortwort das Verhältnis zwischen Außen- und Wirtschaftspolitik, die Erscheinungen des Kapitalismus als eines Nukleus eines außenpolitischen Stillstandes oder Rückschritts und die Notwendigkeiten der deutschen Revisionen- und Abrüstungsansprüche in durchaus gemäßigten Worten. Er verlangt dabei zu der Schlussfolgerung, daß eine friedliche Evolutionspolitik die unbedingte und einzige Möglichkeit nicht nur für Deutschland, sondern auch für die übrige Welt sei, hält aber mit seinen Besorgnissen nicht zurück.

Kaas wiederholt die von ihm auch bei anderen Gelegenheiten vertretene Auffassung, daß die Möglichkeiten, die aus unserer nahezu unangreifbaren moralischen Position entspringen, in der Außenpolitik härter als bisher aktiviert werden müßten, so vor allem auf den Gebieten der Abrüstung und des Widerstandes. Alle deutschen Regierungen seit Versailles hätten sich für die Angleichung der Rüstungen, für die Revision der Grenzen im Osten, für die Aufhebung des Anschlussverbots Österreichs und für die Abänderung ungleicher Verträge eingesetzt. Für dieses Programm kämpfte das Zentrum auch heute noch, unabhängig davon, daß sich inzwischen eine Front der revisionistischen Staaten Südosteuropas unter Führung Italiens gebildet habe, mit der wir zwar in vielen Fragen zusammengehen, von der wir uns aber Methode und Tempo unserer Aktionen nicht vorzeichnen lassen könnten. Diese Evolution dürfe nicht mit Mitteln der Gewalt, sondern der Verständigung angestrebt werden.

Kaas warnt dann vor den drohenden Gefahren: die kritische Phase für Europa werde dann beginnen, wenn Deutschland zu hoffen aufhöre. „Der deutsche Samson wird sich nicht auf Lebenszeit an die Fessel der Versailles binden lassen.“ Wenn die Verbotsfrist und Verständigungsfrist seiner Wehrträger ihn zur Verzweiflung trieben, würde die Zeit kommen können, wo sich die Samsontragedie im Politischen wiederholt, und wo die Mächte des Status quo unter den splinternden Wällen ihres eigenen Hauses begraben werden.

Die Hypothese von der Erreichung einer physischen und physischen Leistungsgrenze und von den Folgen, die eintreten, wenn sich „die Wilson-Tragedie im Politischen wiederholt“, ist keineswegs in den Ausführungen des Zentrumsführers als ein erwünschtes oder drohendes Ereignis, sondern als die letzte tragische Konsequenz fortgesetzter Verbotsfrist und Verständigungslosigkeit auf der Gegenseite erwähnt. Nur ein besonders schlechtes Gewissen kann bei verantwortungsbewusster Prüfung der tatsächlichen Ausführungen des Prälaten Kaas daraus solche Zielsetzungen entnehmen, wie sie vom „Temps“ und vom „Journal des Débats“ behauptet werden.

Der österreichische Nationalrat hat den Handelsvertrag zwischen Österreich und dem Deutschen Reich mit dem Abkommen über den Kleinen Grenzverkehr und mit dem Vertrag über die Rechtshilfe in Zollsachen, sowie dem Vertrag mit dem Reich über die Sozialversicherung angenommen.

Marshall Joffre schwer erkrankt. Der 78jährige französische Marschall Joffre, der „Sieger der Marne“, ist an einer akuten Sehnenentzündung und an Brand der unteren Gliedmaßen sehr schwer erkrankt. Er mußte in aller Eile operiert werden. Sein Zustand erscheint hoffnungslos.

Französisches Vorrücken in Marokko. Wie Sabas aus Rabat berichtet, haben französische Hilfstruppen, unterstützt von französischen Eingeborenen, am 24. Dezember die Djebel-Dghra-Pogebene im Abschnitt Beni Mellal besetzt und dort Feldwachen eingerichtet. Dieses Vorrücken bedeutet die Verstärkung der Grenzdeckung an der Frontlinie Duet-el-Abid. — Am Weihnachtstag unternahm eine nicht unterworfenen marokkanische Abteilung einen Einfall auf algerisches Gebiet. Es kam zu Schießereien, wobei es auf beiden Seiten Tote und Verletzte gab.

Der Flamenführer von Dodeghem wurde verhaftet. Die Verhaftung steht im Zusammenhang mit Kundgebungen gegen ein Gastspiel französischer Künstler in Gent.

Letzte Nachrichten

Der Reichskanzler zum Jahresende Fortführung des Reformwerks

WTB. Berlin, 29. Dez. (Tel.) Reichskanzler Dr. Brüning hat dem Herausgeber der Volksfabrik-Korrespondenz, Ernst Voerschell, eine Zuschrift zugehen lassen, in der es heißt:

Auch dieses Jahresende trifft das deutsche Volk bei der Erkenntnis, daß es schwere Monate durchzumachen hat. Die Weltwirtschaftskrise, die alle Staaten erfaßt hat, trifft uns nach den Entbehrungen der Kriegs- und Inflationsjahre besonders hart. Aber fester Wille, Selbstacht und Bereitschaft zum gemeinsamen Tragen können und werden uns helfen. Wenn wir die schlimmsten Zeiten denuten, um Missetände abzustellen, die sich in unser gesellschaftliches, soziales und politisches Leben eingeschlichen haben, wenn wir nötige Reformen heute unter dem Druck der Not kraftvoll angreifen, dann gehen wir die rechten Lehren. Und wenn wir jetzt, wo uns gemeinsames Schicksal die rechte Verbundenheit aller Schichten und Stände täglich bewahrt, uns als ein Volk fühlen lernen, dann werden zugleich die feilschen Kräfte lebendig, die die besten Bürgen einer schöneren Zukunft sind.

Umstellung auf den Weizenanbau

WTB. Berlin, 29. Dez. (Tel.) Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamts läßt der diesjährige Wintergetreideanbau eine Umstellung des Roggenanbaus auf Weizenanbau erkennen. Während sich beim Winterroggen für das Reich im ganzen eine Verringerung der Anbaufläche von 9,6 Proz. ergibt, weist der Anbau von Winterweizen eine Zunahme von 6,9 Prozent gegenüber der vorigen Einzelaufgabe auf. In unbedeutendem Maße hat sich auch der Anbau der Wintergerste (um 1,6 Proz.) erhöht. Es würde sich eine Abnahme des Winterroggenanbaus von rund 450 000 Hektar, dagegen eine Zunahme beim Winterweizen von rund 110 000 Hektar und bei Wintergerste um 3000 Hektar ergeben. Dementsprechend wäre — nach dem Stand zu Anfang Dezember — ein Gesamtanbau an Wintergetreide von 1,75 Millionen Hektar und von Wintergerste von 200 000 Hektar anzunehmen.

Kündigung der Straßenbahnen im Rheinland-Westfalen

WTB. Neulinghausen, 29. Dez. (Priv. Tel.) Vom Arbeitgeberverband Rheinisch-Westfälischer Straßenbahnen wird mitgeteilt: Nach ergebnislosen Verhandlungen mit den Gewerkschaften wurde am 27. November 1930 vom Schlichter in Dortmund ein Schiedsspruch gefällt, der den am 30. November ablaufenden Lohnvertrag im Bereich des Arbeitgeberverbandes Rheinisch-Westfälischer Straßenbahnen wieder in Kraft setzt. Dieser Schiedsspruch wurde von den Arbeitnehmern abgelehnt. Da die von Arbeitgeberseite beantragte Verbindlichkeitsklärung bisher nicht ausgesprochen worden ist, haben sich die Arbeitgeber gezwungen gesehen, den Arbeitnehmern gegenüber die Kündigung mit 14tägiger Frist auszusprechen. Die Kündigungsfrist läuft am 14. Januar 1931 ab.

Schwörung in der Türkei

Schwere Verhaftungen

WTB. Konstantinopel, 29. Dez. (Tel.) Die Behörden melden einer Verschwörung, die in der Provinz Smyrna ausgebrochen ist, große Bedeutung bei. Sie sind überzeugt, daß die Bewegung, deren Hauptquartier sich anscheinend in Menemen befindet, keinen vereinzelten Zwischenfall darstellt, sondern das erste Stadium in der Entwicklung einer Verschwörung ist, die sich bis nach Istanbul verzweigt, und zu deren Zielen der Sturz des kemalistischen Systems gehört.

Bisher sind in Menemen, Magnesia, Balikeser, Konia, Smyrna und Istanbul 1000 Personen, darunter mehrere Frauen, verhaftet worden. Außerdem sind zahlreiche Scheichs, Dervische, Hofschas und Imams, ja sogar ein ganzes Bataillon Infanterie, deren Loyalität zweifelhaft erschien, interniert worden. — Im Dolma-Bagdiche-Palast wurde am Samstag eine Beratung abgehalten, an der Präsident Mustapha Kemal, der Premierminister, der Generalstabschef, der Innenminister und mehrere hervorragende Abgeordnete teilnahmen.

Neue Verhandlungen in Südwales

WTB. London, 29. Dez. (Tel.) In den nächsten drei Tagen wird es sich entscheiden, ob es zu einer Stilllegung der Kohlenbergwerke von Südwales kommen wird. Die vorläufige Vereinbarung zwischen Kohlenbesitzern und Bergleuten geht am Mittwochabend zu Ende. Der erste Schritt in den jetzt beginnenden Verhandlungen ist eine für heute anberaumte Sitzung des nationalen industriellen Klubs, der die Wünsche der Bergleute von Südwales anhört und von einer Kündigung der Bergleute 120 000 Bergleute betroffen werden.

Die Opfer des Merapi

WTB. Batavia, 29. Dez. (Tel.) Die Gesamtzahl der bei dem Ausbruch des Merapi ums Leben gekommenen wird nunmehr auf 1300 geschätzt. Diese Zahl umfaßt auch mehrere Hundert Verwundete. Der Vulkan ist noch in Tätigkeit. Das umliegende Gebiet wurde vollständig geräumt.

In Finow (Märk.) wurde am Heiligen Abend während des Gottesdienstes ein Fiegelstein durch ein Kirchenfenster in die Kirche geschleudert. Er traf eine Frau, die eine schwere Gehirnerschütterung und eine gefährliche Schädelwunde davontrug.

Wo soll man bauen?

Von Dr. Friedrich Bandmann

Man kann ein Wohnungsbauprogramm von zwei Seiten her angreifen. In der Regel wird die Forderung aufgestellt, daß der Wohnungsbau von der arbeitsmarktpolitischen Seite her angegriffen werden soll. Das bedeutet, daß vorzugsweise dort gebaut wird, wo sehr zahlreiche Bauarbeiter arbeitslos sind und auf neue Beschäftigung warten. Die Arbeitsmarktlieferanten zeigen, daß die Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter keineswegs über das ganze Reich hin gleichmäßig verteilt, sondern daß sie vielmehr in einzelnen Bezirken Deutschlands ganz besonders groß ist. Hier müßte man also, wenn man ausschließlich nach arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten vorgeht, zuerst und in größtem Umfange Wohnungen bauen.

Aber mit Recht macht der bekannte Städtebauer Friedrich Paulsen in den „Mitteilungen der deutschen Gartenstadtgemeinschaft“ darauf aufmerksam, daß das Ziel des Wohnungsbaues niemals das Bauen sein darf, sondern das Benutzen der gebauten Wohnungen, und daß daher die Leistung beim Wohnungsbau sich nicht im Verbrauch von Arbeitskräften erschöpfen dürfe, sondern im Leisten von Diensten an der Volksgesamtheit durch Erfüllung neuer brauchbarer Wohnungen. Diese Wohnungen muß man daher vorzugsweise dort bauen, wo sie gebraucht werden. Der Wohnungsbedarf, nicht das Angebot an Bauarbeitern muß für die Organisation des Wohnungsbaus maßgebend sein. Gewiß soll durch den Wohnungsbau der Arbeitsmarkt entlastet werden. Aber das kann immer nur eine Nebenwirkung sein, wenn auch eine sehr wichtige und erwünschte. Finden aber die gebauten Wohnungen keine Mieter (z. B. weil die Mietpreise zu hoch sind, oder weil der Wohnungsbedarf am Ort schon befriedigt ist), so ist der Zweck des Wohnungsbaues verfehlt, und das darin investierte Geld verloren, auch wenn noch so zahlreiche Arbeitskräfte bei dem Bau beschäftigt worden sind. Sonst könnte man ja auch einfach Häuser bauen, und sie wieder einrichten, um das Material von neuem zur Beschäftigung von Arbeitskräften unrationell. Der Wohnungsbau muß, wenn er volkswirtschaftlich verantwortlich sein soll, der Deckung des Wohnungsbedarfs dienen.

Die Folgerungen aus dieser Erkenntnis sind heute nicht unwichtig. Es gibt eine ganze Anzahl von Bezirken und Städten in Deutschland, in denen zwar zahlreiche arbeitslose Bauarbeiter vorhanden sind, für die Beschäftigung gefunden werden soll, wo aber eine ausreichende Nachfrage nach Wohnungen, insbesondere zu den Mietpreisen, die der Wohnungsbau heute erforderlich macht, nicht mehr vorhanden ist. Es wäre sinnlos, und eine Verschwendung, wenn man dort Wohnungen bauen wollte, nur um die anfalligen arbeitslosen Bauarbeiter zu beschäftigen. Will man dort produktive Arbeitslosenfürsorge treiben, so muß man eben andere Bauten veranstalten, z. B. Kanalbauten, Straßenbauten, Bauten zum Zwecke der Bodenverbesserung und Entwässerung usw., je nachdem, für welche Bauarbeiten in dem betreffenden Bezirk der größte Bedarf vorhanden ist. Es kommt also, um es kurz zusammenzufassen, nicht darauf an, daß gebaut wird, sondern daß etwas Nützliches gebaut, und daß das für den Bau erforderliche Kapital nutzbringend angelegt ist. Tatsächlich ist, was den Wohnungsbau anbetrifft, die Möglichkeit zu nutzbringenden Bauprogrammen heute wesentlich eingeschränkt, nicht etwa deswegen, weil überhaupt kein Wohnungsbedarf und keine Wohnungsnot mehr vorhanden ist, sondern weil für die erstellten Wohnungen zu den Mietpreisen, die nun einmal gefordert werden müssen, wenn keine allzu großen Verluste durch den Bau entstehen sollen, nicht mehr genügend Restekonten vorhanden sind.

Man hat, um die Wohnungsbauprogramme dem Bedarf der Bevölkerung besser anzupassen, neuerdings die Kleinstwohnungen in den Vordergrund gestellt. Es mag sein, daß heute, angesichts des geringen Einkommens eines sehr großen Teils der Bevölkerung für die Kleinstwohnungen erheblicher Bedarf vorhanden ist. Eine andere Frage aber ist, ob er auch noch in 10 Jahren vorhanden sein wird, wenn die wirtschaftliche Lage der breiten Massen in Deutschland sich hoffentlich gebessert haben wird.

Der Wohnungsbau dient nicht der Bedarfsbefriedigung von heute und morgen, sondern er muß den dauernden Bedarf der Bevölkerung in der ganzen Zeitperiode ins Auge fassen, in der die erstellten Wohnungen benutzt werden, und Mietek einbringen müssen, wenn das in ihnen angelegte Kapital angemessen rentieren soll. Man wird das bei der Durchführung der neuen, viel erörterten Kleinstwohnungsbauprogramme nicht außer acht lassen dürfen, wenn man nicht wieder Fehlinvestitionen vornehmen, das heißt, einen Teil des im

Wohnungsbau anzulegenden Kapitals verloren gehen lassen will. So wenig, wie man wirtschaften darf, ohne das Ziel der Wirtschaft, die rationelle Bedarfsbefriedigung des Wohnungsbedürfnisses der Bevölkerung stets als das Hauptziel anzusehen.

Kurze Nachrichten

Schmelze Kahr's Nachfolger. Der frühere bayerische Finanzminister Dr. Schmelze soll, Blättermeldungen zufolge, Nachfolger im Präsidium des bayerischen Verwaltungsgerichtshofes für den wegen Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand tretenden Gustav Ritter von Kahr werden.

Schwerer Krawall in Ulm. In der Weihnachtsnacht kam es in einer Wirtschaft in Ulm zu einer Schlägerei zwischen jungen Burschen und Gästen. Als die Polizei die Schuldigen verhaftete und abführte, mischten sich eine Anzahl Kommunisten in den Streit. Auf dem Münsterplatz wurden die Polizeibeamten schwer bedrängt. Die Polizeiwache räumte den Platz unter Anwendung des Gummiknüppels.

Uniformverbot im Saargebiet. Die Regierungskommission in Saarbrücken hat durch Verordnung im Amtsblatt das Tragen sämtlicher militärischer Uniformen im Saargebiet verboten. Ausgenommen sind die Uniformen der französischen Zollbeamten. Bisher galt das Verbot des Tragens militärischer Uniformen lediglich der Uniform der Reichswehr. Das neue Verbot bezieht sich auch auf die französischen Heeresuniformen.

Im Lokalkonflikt in der saarländischen Schwerindustrie kam es zu keiner Einigung. Um einen Abbruch der Verhandlungen zu vermeiden, sind die Parteien übereingekommen, die Regierungskommission um ihre Vermittlung zu ersuchen. Es steht zu erwarten, daß die Regierungskommission am heutigen Montag in Verhandlungen mit den Parteien eintreten wird.

Lord Melchett †. Der britische Wirtschaftsminister Lord Melchett, der frühere Sir Alfred Mond, ist im Alter von 62 Jahren in London gestorben. Lord Melchett, der deutscher Herkunft war, gehörte zu den bedeutendsten Industriellen Englands. Im Kabinett Lloyd Georges (1921/22) bekleidete er das Amt des Gesundheitsministers.

Das vatikanische Elektrizitätswert. Das Elektrizitätswert der Vatikanstadt geht seiner Vollendung entgegen. Es wird am 7. Februar, dem 10. Jahrestag der Krönung von Pius XI., gleichzeitig mit der Radiostation eingeweiht werden. Der Papst wird eine Botschaft an die Katholiken der ganzen Welt erlassen.

Gegen die Annullierung der Kriegsschulden. Die Blätter der Hearst-Presse bringen einen Artikel des Senators Smoot, der der Regierung Hoover sehr nahesteht und als Vorsitzender des Finanzausschusses im Senat eine große Rolle spielt. Smoot lehnt energig eine Streichung der alliierten Kriegsschulden an Amerika ab und weist an Hand von Zahlen nach, daß der Weltkrieg dem amerikanischen Steuerzahler über 87 Milliarden Dollars gekostet habe. Die Abtragung dieser Last mache genau ein Drittel der Gesamtlast des letzten Budgets aus, und es sei unfair, dem amerikanischen Volke weitere Bürden zuzumuten.

Fernstromversorgung und Völkerverbund

Die belgische Regierung hat beim Generalsekretär des Völkerverbundes beantragt, in das Programm der europäischen Konferenz, die am 16. Januar in Genf zusammentritt, einige Fragen, die ein besonderes kontinentales europäisches Interesse haben, aufzunehmen. Dazu gehören die Fragen der Elektrizitätswirtschaft.

Immer mehr, heißt es in dem Antrage, gehe die Entwicklung in der Richtung einer Kraftübertragung auf größere Entfernungen, und das sei eine Voraussetzung für eine rationelle Ausnutzung der elektrischen Energiequellen. Schon seit einigen Jahren seien die Hauptindustrielländer mit gemeinsamen Grenzen durch Hochspannungslinien miteinander verbunden, und die elektrowirtschaftlichen Beziehungen zwischen diesen Ländern nähmen zu. Die Durchführung werde in einigen Ländern durch die Gesetzgebung nicht unerheblich erschwert. Man müsse jetzt die Ausbildung dieser Kraftquellen im ganzen Kontinent ins Auge fassen, und man müsse ein gemeinsames Statut aufstellen und alle gesetzlichen Hindernisse, die dieser Entwicklung entgegenstünden, beseitigen.

Die belgische Regierung ist der Meinung, daß die Arbeiten des Völkerverbundes auf diesem Gebiete erfolglos geblieben seien. Es handele sich hier um eine Frage mit kontinental-europäischem Interesse, deren Lösung im Rahmen der europäischen Einigungsbestrebungen notwendig und möglich sei.

Badisches Landestheater

Fidelio

In einer gegenwärtigen „Fidelio“-Aufführung, die zwar immer noch in der alten Regie von Otto Krauß und vor jenen Dekorationen Prof. Wabbergers abläuft, die man wohl ernstlich empfinden, aber ebensovienig wie die jetzt entfernten Kostüme als dem Werk schulgerecht bezeichnen kann, hat sich trotz dem Manches geändert, das gelegentlich wieder eine kritische Besprechung erheischt. Da verdient vor allem eine kritische Erwähnung, die neuerdings hier die Titelpartie singt, ein Sonderlob, denn gerade diese Hauptrolle verlangt zu ihrer Erfüllung eine wirkliche Gesangsvirtuosin, wie sie in unseren Zeitläuften und auch unserem Klima nur ausnahmsweise zur Verfügung steht. Freilich gehört die Überwindung des „Geistes der Schwere“ bezüglich der Darstellung in ein ganz anderes Kapitel und konnte in diesem Fall leider nur recht bedingt gelingen. Bei Billy Hilten wiederum, der vorübergehend den Florestan zu übernehmen hat, erlebte man eine den Erfordernissen des Werkes durchaus gerechte dramatische Darstellung, während das rein Stimmliche doch oft bedenklich berührte und die Sektis gegenüber einem Bariton, der sich zum Geldentor hochschraubte, absolut bewahrheitete. Im übrigen dürfte man reiflich einverstanden sein mit Adolf Schöpflins Nocco, und auch Hans Nitschlich dem Gouverneur Don Bizgarto so viel Wohlklang seines schönen und gepflegten Organs, daß er, wenn schon kein idealer, so doch immerhin ein sehr erträglicher Vertreter seiner an sich unsympathischen Rolle genannt werden muß. Unter Generalmusikdirektor Josef Krips, der am Dirigentenpult amtierte, hielten sich zudem die großen Ensembles auf respektablem Höhe, wobei auch noch Robert Kiefer als Aquino mit Anerkennung zu erwähnen wäre, obwohl ihm im dialogischen Überfließen eine nicht ganz entschädigbare Entgleisung unterließ. Im Einklang mit der künstlerischen Gesamtleistung stand der Beifall des gut besuchten Hauses. Er klang wärmer und wärmer und rief zum Schluß begeistert alle Hauptmitwirkenden oftmals vor den Vorhang.

H. Sch.

Rationalisierung und Baukunst

(Nach einem Karlsruher Vortrag von Architekt Dr.-Ing. Nöfinger.)

Vor kurzer Zeit kam in der Technischen Hochschule in Karlsruhe eine große Anzahl von Mitgliedern und Freunden des Mittelbadischen Architekten- und Ingenieurvereins zusammen, um in einem Vortrag in die Gedankenwelt seines Mitgliedes, Herrn Architekt Dr.-Ing. Nöfinger, Karlsruhe, über Baukunst und Rationalisierung eingeführt zu werden. Dr. Nöfinger sagte etwa folgendes:

Die Baukunst ist einmal an bestimmte Zwecke gebunden, denen ihre Werke dienen sollen; auf der andern Seite bedarf sie der verschiedenartigsten Mittel, ihre Werke zu verwirklichen. So ist die Baukunst der Spiegel menschlicher Lebensbedürfnisse in ihrer vielfältigen Fülle; sie hat Teil an dem großen Gebiet der Technik, der Bautechnik im besonderen. Anlaß und Mittel machen aber das nicht aus, was wir Baukunst nennen.

Am Anfang alles Entwerfens ist die klare, scharfe und wertende Vernunft tätig, die Wesen und Inhalt der Aufgabe bestimmt. Die Wohnung, welche das elementarste Baubedürfnis darstellt, wird im Laufe der Jahrhunderte langsam umgestaltet unter dem Einfluß rationaler Erwägungen, die Schritt für Schritt die Hemmnissen von Überlieferung und heiligen Herkommen zurückdrängen.

Die erste große Epoche des rationalen Wohnungsbaues in der Zeit des 17. und 18. Jahrhunderts erwächst auf dem Grunde handwerklicher Technik und wird geleitet durch die große künstlerische Idee der barocken Stadtbaukunst. Das 19. Jahrhundert bringt die Auflösung der Einheit der geistigen Kräfte und die Verelbständigung von Wirtschaft und Technik. Die Technik ist in ihren Leistungen abhängig von der wirtschaftlichen Organisation ihrer Zeit.

Unter dem Einfluß der Ästhetik und des Historismus des 19. Jahrhunderts lodert sich der Zusammenhang der Baukunst mit dem Leben und der neuen sieghaft fortgeschrittenen Technik. Sie verliert, da gleichzeitig auch die geistigen Inhalte leer und unwahr werden, die innere Sicherheit ihres Tuns. Jedoch schon vor dem Ende des 20. Jahrhunderts beginnen in dem Bereiche der Architektur Anstrengungen, die wesentlichen Gesetze baukünstlerischen Schaffens aus dem Reichtum formalen Wissens wieder herauszufischen. Aber erst die Notwendigkeit, nach dem Krieg die Wohnung den veränderten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen entsprechend von Grund auf neu zu schaffen, zwingt die Baukunst zu dem entscheidenden Schritt, ihre Aufgaben wieder ganz unmittelbar aus der Besonderheit des Zwecks zu gestalten; sie verspürt dadurch endlich wieder den behelenden Einfluß der Wirklichkeit und gewinnt in schnellem Anlauf eine Sicherheit des Schaffens zurück, um die sie sich so lange Jahre vergeblich bemüht hat.

Die innere Geschlossenheit der unter dem Zwang wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Notwendigkeiten entstehenden Gebilde der Technik zieht den Architekten mächtig an, der in innerem Erleben von Aufgabe und Werkstoff die Befreiung aus leer gewordenen Überlieferung sieht. Diese unter dem mächtigen Einfluß des Rationalisierungsgedankens sprunghaft vor sich gehende Entwicklung bringt allerdings Gefahren mit sich. Der Zweck wird zum Selbstzweck. Der Anspruch der Ratio, das ganze Leben zu bestimmen, muß die Kräfte des Unbewußten, des Seelischen zerstören, wenn er sich durchsetzt. Auf allen geistigen Gebieten des Lebens beginnt sich die Abkehr von nur Nationalen und Intellektuellen zu vollziehen. Selbst in der Welt der Technik erwacht das Bewußtsein, daß es eine ernste Aufgabe sein wird, die Kräfte, die sie entfesselt, zu bändigen und in den Dienst der Menschheit einzuordnen.

Alledings ist die Anziehungskraft der Gedankengänge rationaler Technik auf die Geisteswelt der Baukunst noch heute groß. Dies zeigt die Beschäftigung einer Zeit, die in ihrer inneren Herrlichkeit großer Ideen und Symbole von allgemeiner Geltung entbehrt, die allein eine über das rein Nützliche und Zweckmäßige sich erhebende Baukunst schaffen können. Wir stehen vor der Gefahr, daß mit der Industrialisierung der Bautechnik, des Bauens überhaupt, der Sinn der Baukunst verloren geht, da das Baugesetz zur Ware wird. Wer der Baukunst den Sinn für das Ewige nimmt, untergräbt die Grundlagen aller Baukunst, den Kern aller Kultur. Der innere Sinn eines Werkes wirklicher Baukunst überdauert den unmittelbaren Zweck, der Anlaß des Bauwerkes war. Er spricht immer wieder zum empfänglichen Gemüt. Die Steine, so schloß der Redner, reden vom Ewigen in Ewigkeit.

50 000 Gefangene wegen Übertretung des Prohibitions-gesetzes. Nach einer offiziellen Statistik befinden sich zur Zeit 50 000 Personen in den Vereinigten Staaten in den Gefängnissen wegen Übertretung des Prohibitions-gesetzes.

Städtisches Konzerthaus Karlsruhe

„Die Sache, die sich Liebe nennt“. Komödie in 3 Akten von Edwin Burke. Für die deutsche Bühne bearbeitet von Karl Lebs. — Ein recht vielversprechender Titel. Das Stück behandelt das Eheproblem mit den verschiedensten Abarten, wie „Kameradschafts-Ehe“, „Ehe auf gegenseitiger Kündigung“ usw. Der reiche Collins ist auf der Suche nach einer Frau. Bei seinem Geschäftsfreund Bertrand lernt er dessen Schwägerin Ann kennen, die er bittet, seine Frau zu werden. Da aber Ann schon so viele „glückliche“ Ehen kennengelernt hat, lehnt sie ab, mit der Begründung, daß die Ehe nur deshalb nicht glücklich seien, weil noch immer die Liebe mit ihren unausbleiblichen Folgen die entscheidende Rolle spiele. Im Scherz schlägt ihr Collins vor, die Liebe ganz auszuschalten, er wolle seine Frau mit Vertrag, Gehalt und Kündigung „anstellen“. Daraufhin sagt Ann zu. Drei Monate währt dies Spiel hzw. Geschäft, bis sich die Liebe einstellt und die beiden Leutchen sich zu quälen anfangen; genau wie in anderen Ehen. Als Collins gar mit Erziehen bedroht wird, deckt seine Frau ihn mit ihrem eigenen Leib, bereit, ihr Leben für ihn hinzugeben. Die Sache, die sich Liebe nennt, ist eben nicht aus der Welt zu schaffen.

Iselotte Schreiner als „geschäftstüchtige“ Ehefrau, gab ebenso zart wie feinfühlig die Ann. Stefan Dahlen, als Millionär in Wien, war ein ebenso geschäftstüchtiger wie besorgter Ehegatte. Beide schufen vorzügliche Leistungen. Elisabeth Bertram und Gerhard Jutz waren recht temperamentvolle Ehegatten, ebenso Nellu Rademacher und Wilhelm Graf. Sondi Nyhoff als überzogene Exotin bildete den Jankefel in beiden Familien. Alfons Kloebe war ein vorzüglicher überspannter Liebhaber. Eine ganz besondere Note verdient Friedrich Prüter als Diener. Mit dieser unscheinbaren Rolle verband er so viel Witz und Humor, daß daraus eine wirklich künstlerische Leistung wurde. — Alles in allem ein unterhaltender Abend.

Arnold Mendelssohn Ehrenbürger der Stadt Darmstadt. Anlässlich seines 75. Geburtstages wurde Professor Arnold Mendelssohn einstimmig der Ehrenbürgerbrief der Stadt Darmstadt verliehen.

Moderne Straßenreinigung

Der Fremde beurteilt eine Stadt fast immer nach einigen hervorragenden Baumerken oder aber nach der Sauberkeit ihrer Straßen. Auf der Ausstellung „Mi-Berlin“ wurden kürzlich Modelle von bekannten Berliner Straßen aus früheren Jahrhunderten gezeigt, und was bei einem Vergleich dieser alten Straßen mit den heutigen am meisten auffiel, das war der aufgehäuften Straßenschmutz und Unrat, der das Pflaster dieser Straßen früher so sehr erschwerte. Natürlich waren in anderen Städten die Straßen nicht etwa sauberer als in Berlin, eher vielmehr im Gegenteil. Noch heute läßt in manchen Städten mit dicht zusammengedrängter proletarischer Bevölkerung die Sauberkeit der Straßen sehr viel zu wünschen übrig, und wenn man gar die deutschen Grenzen überschreitet, so kann man in den Straßen polnischer Mittel- und Kleinstädte noch Zustände wahrnehmen, die sich von denen im Mittelalter kaum allzu sehr zu ihren Gunsten unterscheiden. Das ist natürlich ein großer volkshygienischer und kultureller Mißstand, denn heute braucht selbst die kleinste und unbedeutendste Stadt, mag ihre Einwohnerzahl auch noch so arm sein, hinsichtlich der Sauberkeit ihrer Straßen nicht hinter einer beliebigen Großstadt zurückbleiben, wenn nur die Gemeinbewerterung den Aufgaben der Straßenreinigung im Winter wie im Sommer die nötige Aufmerksamkeit zuwendet.

Die Bedeutung einer regelmäßigen und gründlichen Straßenreinigung, zu der natürlich auch die schnelle, häufige Abfuhr und Beseitigung des Mülls aus den Gassen gehört, liegt offen zutage. Wenn man bedenkt, daß in früheren Jahrhunderten epidemisch auftretende Volkskrankheiten, wie Cholera und Pest, in den Städten eigentlich niemals ganz erloschen, heute dagegen so gut wie unbekannt sind, so unterliegt es keinem Zweifel, daß wir vor allem der schnellen Beseitigung der Abfallstoffe und der in ihnen lebensfähig bleibenden Krankheitserreger die gewaltigen Fortschritte der Volkshygiene verdanken. Staubfreie Müllbeseitigung, gründliche und schnelle Straßenreinigung sind zwei Gebiete kommunalhygienischer Betätigung, denen jede Stadtverwaltung heute mit Recht die größte Beachtung schenkt. Man hat schon längst das schnellste Beförderungsmittel, über das wir heute verfügen, den Motor, in den Dienst dieser Aufgabe gestellt. In einer ganzen Anzahl von Städten sind Spezialfahrzeuge angeschafft worden, die eine regelmäßige und schnelle Reinigung der Straßen und Höfe sichern. Eine Stuttgarter Firma hat z. B. eine selbstfahrende Kehraumdüse konstruiert, die vollkommen mechanisch arbeitet. Die zwischen den Rädern angeordneten Besenwalzen fegen die Straßensfläche und legen den Schmutz in einem Streifen in der Mitte ab, der dann durch die hintere Raupen über eine Schaufel aufgeföhrt und mittels eines schräg nach oben führenden Transports in den Müllbehälter befördert wird. Diese Maschinen ermöglichen nicht nur eine sehr schnelle und gründliche Reinigung der Straßen, sondern sie beseitigen sofort den gesamten Straßenschmutz und alle Abfälle, die sonst oft noch längere Zeit auf den Straßen liegenbleiben. Der Wagen trägt gleichzeitig auch zwei Wasserbehälter mit 500 Liter Inhalt, deren Wasser durch Düsen verpresst wird, so daß eine Staubbildung beim Kehren der Straße fast völlig vermieden wird. Die Maschine arbeitet beinahe geräuschlos, so daß sie auch bei Nacht benutzt werden kann. Ein anderes Kommunalfahrzeug ist ein Müllwagen. Beladung und Entladung erfolgt mechanisch, ohne daß der Kutscher gekippt zu werden braucht. Füllung und Entleerung werden durch Drehung der Trommel ermöglicht. Die Verteilung des Mülls wird gleichfalls durch kontinuierliche Drehung der Trommel erzielt. Der Wagen arbeitet dabei völlig staubfrei und ist wegen seiner einfachen Konstruktion leicht zu handhaben.

Die Technik gibt also heute den kommunalen Straßenreinigungs- und Müllabfuhrbezirken außerordentlich vollkommene, mechanisch arbeitende Hilfsmittel an die Hand. Sie sind keineswegs etwa nur für Großstädte bestimmt. Im Gagganauer Becken wird sogar für die Bedürfnisse der mittleren und kleineren Städte ein Universal-Kommunalfahrzeug hergestellt, das gleichzeitig für Spreng-, Keh- und Feuerlöschzwecke, Schneebeseitigung sowie für die Fäkalienabfuhr benutzt werden kann. Selbst die kleinste Stadt braucht sich also in bezug auf Sauberkeit der Straßen und auf öffentliche Hygiene von keiner Großstadt mehr in den Schatten stellen zu lassen. Das Reinigungsweesen der deutschen Städte steht heute auf einer Höhe technischer und hygienischer Entwicklung, die nirgends in der Welt erreicht ist.

Der Schwelmeister Mechin wäre in einem Hotel in Esseg in Südbanien beinahe verbrannt. Er war mit der brennenden Zigarette im Munde eingeschlafen. Das Hotelpersonal fand den Schwelmeister mit einer schweren Rauchvergiftung, bewußlos vor dem Bette liegend. Er hat aber nur leichte Brandwunden erlitten.

Die Pflege des evangelischen Kirchengesanges in Baden

Der evangelische Oberkirchenrat hat eine Umfrage unter den Gemeinden der badischen evangelischen Landeskirche über die Gesangsbuchmelodien veranstaltet, und das eingelaufene Material durch Landeskirchenmusikdirektor Professor Dr. Popp, Heidelberg, einer Bearbeitung unterziehen lassen. Es wurde festgestellt, daß jede Melodie irgendwo „häufig gesungen“ wird, daß aber nur sechs Melodien des badischen Gesangsbuches überall gesungen werden. Unter den Melodien, die da und dort nicht gesungen werden, befinden sich auch solche, die zu den wertvollsten Melodien gehören, die das Gesangsbuch aufweist. Der Oberkirchenrat hat sich daher veranlaßt gesehen, an alle Geistlichen die dringende Mahnung zu richten, sie sollen bei der Auswahl der Lieder darauf achten, daß nicht nur eine lebendige Abwechslung herrsche, sondern insbesondere auch darauf, daß wertvolles Gut zur Erbauung der Gemeinden nutzbar gemacht werde. Auch in Kirchengottesdiensten, Christenlehren und Vereinsabenden, ebenso in den Kirchenchören und im Choralunterricht in den Schulen biete sich eine gute Gelegenheit, wertvolle und fördernde Arbeit auch nach dieser Seite hin zu leisten.

Professor Dr. Albede †. Im 95. Lebensjahre starb der in Karlsruhe im Ruhestand lebende frühere langjährige Professor an der Straßburger Kaiser-Wilhelms-Universität, Dr. Theodor Albede, der auf dem Gebiete der Erforschung der alten semitischen Sprachen Weltberühmtheit erlangt hat. Er war der Rektor der Orientalisten der ganzen Welt und auf seinem Gebiet anerkannte Autorität. Neben zahlreichen anderen Orden war er Ritter des königlich Preussischen Ordens „Pour le mérite“ für Wissenschaft und Künste, korrespondierendes Mitglied sowie Ehrenmitglied verschiedener Akademien und sonstiger gelehrter Anstalten. Von 1864 bis 1871 war er Professor an der Kieler Universität und wurde 1871 an die neugegründete Straßburger Universität berufen, an der er 35 Jahre wirkte, bis er 1906 in den Ruhestand trat. Nach dem unglücklichen Weltkrieg wurde auch er aus dem Elsaß vertrieben und lebte seitdem in Karlsruhe bei seinem Sohne.

Kraftwerk Rhyburg-Schwärzstadt AG. Die Bauarbeiten sind — wie der „Frankf. Ztg.“ geschrieben wird — bis zum Ende des Berichtsjahres (30. 9.) so weit fortgeschritten, daß Mehr mit Schienen und Krafthaus im wesentlichen beendet waren. Die Maschinen sind zum Teil fertig, zum Teil noch in Montage. Auch die Schaltanlagen sind zum Teil bereits fertiggestellt. Aus der Bilanz (Mill. Fr.): Aktienkapital 80 Mill., davon aber 6 (i. B. 9) noch nicht eingezahlt, weiter erstmals die 30-Mill.-Obligationenanleihe, daher Gläubiger nur 2,54 (11,28), andererseits die Anlagen auf 45,04 (28,78) erhöht, ferner Bankguthaben 8,84, Anleihebisagio 1,39 Mill. (Großaktionäre: Badenwerk, Rotor Columbus, Züricher Elektrobank über Kraftübertragungsnetz Rheinfelden und die Nordostschweizerischen Kraftwerke).

Zahlungsschwierigkeiten im badischen Textilhandel. Die badische Manufakturwarenfirma P. M. Gräfinger ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Den Passiven in Höhe von circa 350 000 M stehen Aktiven von etwa 245 000 M gegenüber. Die Gläubigerversammlung wurde auf den 29. Dezember festgesetzt. Die Einzelhandelsbank Karlsruhe hat die Bearbeitung des Status übernommen.

Einschränkung der Stahlzeugung. Alle Ländergruppen des internationalen Stahlzweigs haben die für die ersten drei Monate des kommenden Jahres vorgeschlagene Produktionsbeschränkung um 30 Proz. nunmehr angenommen, die tschechoslowakische Gruppe allerdings unter dem Vorbehalt, daß ein noch festzusetzender Prozentsatz der Belieferung Auflands außerhalb des der Tschechoslowakei zustehenden Anteils bleibe.

Gemeinderundschau
Die Finanzlage der Städte

Der Landeskommissar und dessen Beirat haben am Samstag nach mehrstündiger Verhandlung den vom Mannheimer Stadtrat zweimal abgelehnten Nachtragsetat genehmigt, so daß ab 1. Januar die Gemeindebesteuerung um 10 Proz. erhöht, eine Gemeindebeitragssteuer von 10 Proz. und die gestaffelte Bürgersteuer erhoben, sowie die Umlage von 158 auf 170 Proz. erhöht wird. Dadurch sollen Mehreinnahmen von 1 285 000 RM erzielt werden.

Auch der Nachtragshaushalt der Stadt Heidelberg, dessen Fehlbetrag zur Hälfte durch die Anträge des Oberbürgermeisters gedeckt werden sollte, die aber der Stadtrat dann wiederholt ablehnte, ist jetzt vom Landeskommissar in Kraft gesetzt worden.

Das gleiche hat die Staatsaufsichtsbehörde, nachdem der Bruchstater Stadtrat die vom Landeskommissar gegebenen Anweisungen zur Ausgleichung des Nachtragshaushalts ablehnte, angeordnet, daß zur Deckung des Gesamtfehlbetrages in Höhe von 45 500 M eine Nachtragsumlage für das Rechnungsjahr 1930 von 16 Proz. der Steuergrundbeträge zu erheben sind. In der letzten Stadtratssitzung machte der Oberbürgermeister die Mitteilung, daß die Gemeindebeamten ohne Anerkennung einer Rechtsverpflichtung mit Wirkung vom 1. Februar 1931 bis auf Wiedererufung auf den gleichen Prozentsatz ihres Gehalts wie die badischen Staatsbeamten verzichten. Diesem Beschluß unterstellte sich auch Oberbürgermeister Dr. Meißner und Bürgermeister Mehner.

Der neue Stadtrat in Baden-Baden wurde von Oberbürgermeister Ulmer mit einer großen Finanzrede begrüßt, worin mitgeteilt wurde, daß der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1930/31 infolge der ständigen Verschlechterung der Wirtschaftslage auf vielen Gebieten überholt ist. Unter anderem wird die Fürsorge einen Aufwand von über einer Million erfordern. Die Einnahmen aus der Kurtagge bleiben durch den Rückgang des Fremdenverkehrs um 70 000 M zurück. Der Gesamtfehlbetrag gegenüber dem Voranschlag wird auf 930 000 M be-

rechnet, wobei die neuen Einnahmen aus der Bürgersteuer und der erhöhten Biersteuer bereits berücksichtigt sind. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Erhöhung der Biersteuer und die Erhöhung der Bürgersteuer nicht zu umgehen sein. Der Stadtrat stimmte dem Finanzierungsvorschlag des Oberbürgermeisters zu, wonach der Fehlbetrag des Jahres 1930/31 durch die einmaligen Wirtschaftseinnahmen aus dem Gründungsvertrag der Städtewag (Städtische Werke AG.) gedeckt werden.

In Lahr hat der Bürgerausschuß die Bürgersteuer mit 52 gegen 14 Stimmen, die Biersteuer mit 49 gegen 17 und die Erhöhung der Umlage mit 50 gegen 2 Stimmen abgelehnt. Die Aufnahme eines Darlehens in Höhe von rund 66 553 M bei der Badischen Kommunalen Landesbank in Mannheim zum Kurse von 95 Prozent wurde angenommen.

In Konstanz hatte der Stadtrat zu der Forderung des Landeskommissars Stellung zu nehmen, die zur Deckung des Fehlbetrages von ungefähr 100 000 M die Ausschöpfung aller vorhandenen Steuerquellen verlangte, und u. a. eine abermalige Erhöhung der Umlage bis zu 20 Proz., also auf 120, vorschlug. Der Stadtrat hat beschlossen, diese Forderungen des Landeskommissars abzulehnen, er war der Ansicht, daß mit der Einführung der Bier- und Bürgersteuer und der beschlossenen Erhöhung der Umlage um 10 Proz. der Fehlbetrag zur Hälfte gedeckt sei, die andere Hälfte aber durch Einparungen eingebracht werden könnte. Es droht somit auch hier der Zwangssetat.

Für Billingen machte, da der Stadtrat die von der Stadtverwaltung gemachten Vorschläge zur Deckung des Fehlbetrages abgelehnt hatte, nunmehr der Landeskommissar von Konstanz als Staatsaufsichtsbehörde es der Stadt zur Pflicht, die Deckungsfrage bis zum 29. Dezember zu erledigen.

Der Bürgerausschuß Reiffen lehnte in seiner ersten Sitzung die Einführung der Biersteuer mit 53 gegen 2 Stimmen ab. Auch die Gewährung einer Winterbeihilfe an die Wohlfahrtsvereine, Ausgesteuerten, Armenunterstützten und Sozialrentner beziffert mit 84 gegen 20 Stimmen der Ablehnung. Dagegen wurde ein Vermittlungsvorschlag von Zentrum und Sozialdemokratie, wenigstens den Bedürftigsten eine kleine Weihnachtsbeihilfe zu gewähren, und hierfür einen Betrag bis zu 1500 M aufzunehmen, einstimmig angenommen.

Kanalisation in Dielheim (bei Wiesloch). Mit Beginn des neuen Jahres wird in Dielheim der schon lange geplante Bau einer Kanalisation in Angriff genommen. Die Arbeiten sollen als Notstandsarbeiten durchgeführt werden. Die auf Grund öffentlicher Ausschreibung eingekommenen neuen Angebote für die Ausführung der Kanalisationsarbeiten schwanken zwischen 41 000 und 133 000 Reichsmark.

Bei den Gemeinderatswahlen in Breiten erhielten das Zentrum 1 Sitz (bisher 1), die Sozialdemokraten 2 (3), die Deutsche Volkspartei 1 (2), die Deutsche Staatspartei 1 (1), der Evangel. Volksdienst 1 (0), die Bürgervereine 1 (0), der Nationale Block (Nationalsoz. und Deutschnationale) 3 und 2 gleich 5 Sitze (bisher 5 Deutschnationale).

Über den Weiterbau der Reichsbahn von Bad Peterstal nach Griesbach wird bekannt, daß man bereit von der Reichsbahndirektion Karlsruhe wenigstens kleinere Arbeiten zwecks Schaffung von Arbeitsgelegenheit vergeben werden. Man hofft, daß im Frühjahr diese Arbeiten einen größeren Umfang annehmen, damit endlich dieses letzte Stück der Reichsbahn vollendet wird.

Freiwillige Kürzung von Bürgermeisterei-Gehältern. Die Gruppe des See- und Schwarzwalddistriktes der Bürgermeisterei Dr. Weich von Wadolfzell in Donaueschingen tagten, besaßte sich auch mit der Frage der Gehaltskürzung der Bürgermeister. Sämtliche 19 Bürgermeister erklärten ihr Einverständnis dazu, daß ihre Gehaltsbezüge im gleichen Ausmaß wie die Beamtengehälter gekürzt werden.

Der Gemeinderat Weil a. Rh. befaßte sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage des Übernehmens der Anträge auf Verlängerung der Polizeistunde, auch bei geringen Anlässen. Es wurde beschlossen, mit Rücksicht auf die Not der Zeit einen strengeren Maßstab anzulegen und nur bei besonderen Anlässen Polizeistundenverlängerung zu genehmigen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Kann eine Zeitung beleidigt werden?
Diese Frage war bisher stark umstritten, und bisher wurde vom Gericht vielfach entschieden, daß eine Zeitung als solche nicht beleidigt werden könne. Diese Frage ist jetzt in ein neues Stadium gekommen. In einem Prozeß der „Freiburger Tagespost“ gegen einen nationalsozialistischen Parteimann, der die Zeitung als das „größte Lügenblatt“ bezeichnet hatte, hatte das Freiburger Amtsgericht entschieden, daß eine Verstrafung nicht eintreten könne, weil die „Tagespost“ als G. m. b. H. nicht beleidigungsfähig sei. Auf die Berufung des Chefredakteurs Färber hat das Oberlandesgericht Karlsruhe jetzt das erstinstanzliche Freiburger Urteil aufgehoben, und die Klage zur nochmaligen Verhandlung zurückgewiesen, indem es anerkannte, daß durch die Beleidigung einer Zeitung der verantwortliche Schriftleiter sich beleidigt fühlen und deshalb den Beleidiger verklagen könne. Auf dieser Grundlage soll das Freiburger Amtsgericht nochmals verhandeln. In einem ähnlichen Falle hat bekanntlich vor einigen Tagen das Mannheimer Gericht eine Verurteilung des Beleidigers wegen Beleidigung der politischen Redakteure des Blattes herbeigeführt.

Ermäßigung der Fahrpreise auf den Bodenseedampfschiffen. Die Fahrpreise zwischen Konstanz und Meersburg werden ab 1. Januar 1931 auf den Dampfschiffen und Motorschiffen der Deutschen Reichsbahn ermäßigt. Auch die Bodenseefähre wird ab 1. Januar eine Fahrpreisermäßigung für den Personenverkehr eintreten lassen.

Hd. Mannheim, 28. Dez. Die beiden 4- und 7-jährigen Knaben der Bahnarbeitersechelte Martin Wegerle hatten während der Abwesenheit der Mutter am Gasbahnen gespielt, wobei sich die Küche mit Gas füllte. Die beiden Kinder starben.

Dz. Heidelberg, 28. Dez. Die medizinische Fakultät hat den jetzt in den Ruhestand tretenden langjährigen Verwalter der Universitätsklinik, Oberrechnungsrat Meiser, zum Ehren doktor ernannt.

W.B. Badenweiler, 28. Dez. Reichskanzler Dr. Brüning trifft heute zu einem auf etwa acht Tage berechneten Erholungsurlaub hier ein und wird im Kurhotel Schloß Hausbaden Wohnung nehmen. Der badische Finanzminister Dr. Schmitt wohnt gleichfalls in Schloß Hausbaden.

Dz. Konstanz, 27. Dez. Dieser Tage wurde durch den Geistlichen Rat Dechant Kruener im Auftrage des Erzbischofs der Verlagsdirektor Ferdinand Merk von der „Deutschen Bodensezeitung“ die Ernennung zum Ritter des päpstlichen Goldener Ordens bekanntgegeben, und ihm der Orden überreicht. Verlagsdirektor Ferdinand Merk konnte in der vergangenen Woche sein silbernes Berufsjubiläum feiern.

Der Landesverband der badischen Mieteinigungsämter gibt in den nächsten Tagen im Verlage von Adolf Emmerling u. Sohn in Heidelberg unter dem Titel „Badisches Miet- und Wohnrecht“, abgeschlossen mit Dezember d. J., das zur Zeit geltende Reichs- und Landesrecht für Baden heraus. In dem Buche ist das Reichsmietengesetz — Wohnungsmangelverordnung — Die Koderungsbestimmungen — Das Mieterchutzgesetz, das Gebäudeversteuergesetz usw. enthalten. Die Rotverordnungen vom 1. Dezember d. J. ist in dem Buche verarbeitet. (Preis 4,20 M.)

Zentralhandelsregister für Baden.

Jordan-Abchnitt-Versteigerung.
des bad. Forstamts Rhippsburg am Freitag, den 9. Januar 1931, vorm. 9 1/2 Uhr, im „Kopf“ in Rirlach, aus Staatswald Untere Rulshardt, Abt. 34, 86: 184 Stück Fo.-Abchnitt mit 157 Htm. I. bis IV. Klasse, darunter auch Glaschholz. Maßlisten durch das Forstamt und den Borzinger Förster Klotz in Kronau.

Badisches Landes-Theater

Dienstag, den 30. Dez. 1930
*G 12. Th.-Gem. I. S.-Gr.
Der Evangelmann
Musikalisches Schauspiel von Kienzl
Dirigent: Reilberth
Regie: Bruscha
Mitwirkende: Haberlein, Seibertsch, Bauer, Durl, Allan, J. Gröhinger, Hoppach, Kalmach, Kiefer, Köjer, Schoepflin, Ziffen, Allan

Öffentliche Sparkasse Eberbach (Baden)

Bilanz auf 31. Dezember 1929

Gründungs-Bilanz der Bezirks-Sparkasse Eberbach		Verbindlichkeiten	
Vermögen	RM		RM
1. Kassenbestand	16 829,17	1. Guthaben der Einleger:	
2. Guthaben bei Banken, Bad. Landesbank und Postsparkasse	14 542,62	a) Spareinlagen	2 450 554,42
3. Wertpapiere	1 682,-	b) Depositen	70 210,82
4. Wechsel	5 161,72	c) Aufwertungsseinlagen	924 222,22
5. Darlehen a. Hypotheken	2 472 692,54	d) Giro- u. Kontokorrenteinlagen	336 900,76
6. Grundstückskaufgelder	1 220,-	2. Anlehenskapitalien:	
7. Darlehen in laufender Rechnung an Private	190 866,31	a) Reichskredite (Rentenbank, Golddiskontobank-Darlehen usw.)	205 581,56
8. Darlehen a. Schuldschein	554 824,05	b) Banken, Landesbanken usw.	437 181,67
9. Darlehen a. Gemeinben	209 577,22	3. Ausgaberechnungen	9 894,24
10. Lombarddarlehen	10 587,50	4. Vorerhebene Zinsen	68,04
11. Aufwertungsforberung	862 847,22	5. Rücklagen	143 397,70
12. Einnahmeverbindlichkeiten	165 751,08		
13. Grundstücke u. Gebäude	63 640,-		
14. Geschäftspapiere	7 790,-		
	4 578 011,43		4 578 011,43

Berechnung der Rücklagen

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 2 857 666,- RM Einlagen = 228 613,28 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 = 143 397,70 RM
Somit weniger = 85 215,58 RM
Eberbach, den 1. Dezember 1930.

Der Vorsitzende: Dr. Franke, Bürgermeister
Der Verwaltungsrat:
Der Geschäftsführer: Dr. Wächter, Direktor.

Karlsruhe.

Handelsregistereinträge.
1. Strumpfhaus Willi Landsmann, Karlsruhe. Die Firma ist erloschen.
2. Mathias Reis, Karlsruhe. Die Firma ist erloschen. 16. XII. 30.
3. S. Blum Söhne, Karlsruhe. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Aron Blum ist alleiniger Inhaber der Firma. 19. XII. 30.
4. A. & R. Oberst, Karlsruhe. Die Firma ist geändert in: A. & R. Oberst, Inh. Adolf Oberst. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Adolf Oberst ist alleiniger Inhaber der Firma. 20. XII. 30.
Amtsgericht Karlsruhe.

Karlsruhe. R.190
Handelsregistereinträge.
1. Meinrad Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Durch Gesellschafterbeschluss vom 21. Oktober 1929 wurde das Stammkapital um 40 000 Reichsmark herabgesetzt u. beträgt jetzt nur noch 20 000 M. 20. XII. 30.
Amtsgericht Karlsruhe.

Karlsruhe. R.189
Handelsregistereinträge.
1. J. Jastrow & Sohn, Karlsruhe. Die Firma ist erloschen. 22. XII. 1930.
2. Kaffee Museum Robert Krieg, Karlsruhe. Die Firma ist erloschen.

Einzelkaufmann: Robert Krieg, Kaufmann, Karlsruhe. 23. XII. 30.
3. Peter Brüder, Karlsruhe. Die Firma ist erloschen.
4. Bernhard Steckelmaier, Karlsruhe. Die Firma ist erloschen.
5. Jakob Reis Stutari — Cigarettenfabrikation, Karlsruhe. Die Firma ist erloschen. 24. XII. 1930.
Amtsgericht Karlsruhe.

Mannheim. A.374
Handelsregistereinträge vom 6. Dezember 1930.
Motoren-Werke Mannheim Aktiengesellschaft vorm. Benz Abt. Nationaler Motorenbau, Mannheim: Ingenieur Wilhelm Strauß in München ist als Vorstandstellvertreter bestellt. Gesamtprokura ist erteilt an Julius Memmler in München.
Wagner Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Liquidation, Mannheim: Die Firma ist erloschen.
Emil Jörn Aktiengesellschaft, Zweigniederlassung Baden in Mannheim, als Zweigniederlassung der Firma Emil Jörn Aktiengesellschaft in Berlin: Die Prokura der Charlotte Klambt ist erloschen.

Mannheim. A.373
Handelsregistereinträge vom 13. Dezember 1930:
Weinische Treuhänder-Gesellschaft, Aktiengesellschaft, Mannheim: Der § 15 des Gesellschaftsvertrages erhielt durch Beschluss der Generalversammlung vom 29. Oktober 1930 einen zweiten Absatz, betr. die Rechte des Aufsichtsrats.
Gesellschaft für Export und Import technischer Erzeugnisse mit beschränkter Haftung, Mannheim: Ludwig Duffel ist nicht mehr Geschäftsführer. Kaufmann Julius Lorch in Schwetzingen ist zum Geschäftsführer bestellt. Helene Lorch geborene Mann, Ehefrau des Kaufmanns Julius Lorch in Schwetzingen, ist als Prokuristin bestellt.

Mannheim. A.373
Handelsregistereinträge vom 13. Dezember 1930:
Weinische Treuhänder-Gesellschaft, Aktiengesellschaft, Mannheim: Der § 15 des Gesellschaftsvertrages erhielt durch Beschluss der Generalversammlung vom 29. Oktober 1930 einen zweiten Absatz, betr. die Rechte des Aufsichtsrats.
Gesellschaft für Export und Import technischer Erzeugnisse mit beschränkter Haftung, Mannheim: Ludwig Duffel ist nicht mehr Geschäftsführer. Kaufmann Julius Lorch in Schwetzingen ist zum Geschäftsführer bestellt. Helene Lorch geborene Mann, Ehefrau des Kaufmanns Julius Lorch in Schwetzingen, ist als Prokuristin bestellt.

Mannheim. A.373
Handelsregistereinträge vom 13. Dezember 1930:
Weinische Treuhänder-Gesellschaft, Aktiengesellschaft, Mannheim: Der § 15 des Gesellschaftsvertrages erhielt durch Beschluss der Generalversammlung vom 29. Oktober 1930 einen zweiten Absatz, betr. die Rechte des Aufsichtsrats.
Gesellschaft für Export und Import technischer Erzeugnisse mit beschränkter Haftung, Mannheim: Ludwig Duffel ist nicht mehr Geschäftsführer. Kaufmann Julius Lorch in Schwetzingen ist zum Geschäftsführer bestellt. Helene Lorch geborene Mann, Ehefrau des Kaufmanns Julius Lorch in Schwetzingen, ist als Prokuristin bestellt.

Mannheim. A.373
Handelsregistereinträge vom 13. Dezember 1930:
Weinische Treuhänder-Gesellschaft, Aktiengesellschaft, Mannheim: Der § 15 des Gesellschaftsvertrages erhielt durch Beschluss der Generalversammlung vom 29. Oktober 1930 einen zweiten Absatz, betr. die Rechte des Aufsichtsrats.
Gesellschaft für Export und Import technischer Erzeugnisse mit beschränkter Haftung, Mannheim: Ludwig Duffel ist nicht mehr Geschäftsführer. Kaufmann Julius Lorch in Schwetzingen ist zum Geschäftsführer bestellt. Helene Lorch geborene Mann, Ehefrau des Kaufmanns Julius Lorch in Schwetzingen, ist als Prokuristin bestellt.

Mannheim. A.373
Handelsregistereinträge vom 13. Dezember 1930:
Weinische Treuhänder-Gesellschaft, Aktiengesellschaft, Mannheim: Der § 15 des Gesellschaftsvertrages erhielt durch Beschluss der Generalversammlung vom 29. Oktober 1930 einen zweiten Absatz, betr. die Rechte des Aufsichtsrats.
Gesellschaft für Export und Import technischer Erzeugnisse mit beschränkter Haftung, Mannheim: Ludwig Duffel ist nicht mehr Geschäftsführer. Kaufmann Julius Lorch in Schwetzingen ist zum Geschäftsführer bestellt. Helene Lorch geborene Mann, Ehefrau des Kaufmanns Julius Lorch in Schwetzingen, ist als Prokuristin bestellt.

Mannheim. A.373
Handelsregistereinträge vom 13. Dezember 1930:
Weinische Treuhänder-Gesellschaft, Aktiengesellschaft, Mannheim: Der § 15 des Gesellschaftsvertrages erhielt durch Beschluss der Generalversammlung vom 29. Oktober 1930 einen zweiten Absatz, betr. die Rechte des Aufsichtsrats.
Gesellschaft für Export und Import technischer Erzeugnisse mit beschränkter Haftung, Mannheim: Ludwig Duffel ist nicht mehr Geschäftsführer. Kaufmann Julius Lorch in Schwetzingen ist zum Geschäftsführer bestellt. Helene Lorch geborene Mann, Ehefrau des Kaufmanns Julius Lorch in Schwetzingen, ist als Prokuristin bestellt.

Mannheim. A.373
Handelsregistereinträge vom 13. Dezember 1930:
Weinische Treuhänder-Gesellschaft, Aktiengesellschaft, Mannheim: Der § 15 des Gesellschaftsvertrages erhielt durch Beschluss der Generalversammlung vom 29. Oktober 1930 einen zweiten Absatz, betr. die Rechte des Aufsichtsrats.
Gesellschaft für Export und Import technischer Erzeugnisse mit beschränkter Haftung, Mannheim: Ludwig Duffel ist nicht mehr Geschäftsführer. Kaufmann Julius Lorch in Schwetzingen ist zum Geschäftsführer bestellt. Helene Lorch geborene Mann, Ehefrau des Kaufmanns Julius Lorch in Schwetzingen, ist als Prokuristin bestellt.

Mannheim. A.373
Handelsregistereinträge vom 13. Dezember 1930:
Weinische Treuhänder-Gesellschaft, Aktiengesellschaft, Mannheim: Der § 15 des Gesellschaftsvertrages erhielt durch Beschluss der Generalversammlung vom 29. Oktober 1930 einen zweiten Absatz, betr. die Rechte des Aufsichtsrats.
Gesellschaft für Export und Import technischer Erzeugnisse mit beschränkter Haftung, Mannheim: Ludwig Duffel ist nicht mehr Geschäftsführer. Kaufmann Julius Lorch in Schwetzingen ist zum Geschäftsführer bestellt. Helene Lorch geborene Mann, Ehefrau des Kaufmanns Julius Lorch in Schwetzingen, ist als Prokuristin bestellt.

Mannheim. A.373
Handelsregistereinträge vom 13. Dezember 1930:
Weinische Treuhänder-Gesellschaft, Aktiengesellschaft, Mannheim: Der § 15 des Gesellschaftsvertrages erhielt durch Beschluss der Generalversammlung vom 29. Oktober 1930 einen zweiten Absatz, betr. die Rechte des Aufsichtsrats.
Gesellschaft für Export und Import technischer Erzeugnisse mit beschränkter Haftung, Mannheim: Ludwig Duffel ist nicht mehr Geschäftsführer. Kaufmann Julius Lorch in Schwetzingen ist zum Geschäftsführer bestellt. Helene Lorch geborene Mann, Ehefrau des Kaufmanns Julius Lorch in Schwetzingen, ist als Prokuristin bestellt.

Mannheim. A.373
Handelsregistereinträge vom 13. Dezember 1930:
Weinische Treuhänder-Gesellschaft, Aktiengesellschaft, Mannheim: Der § 15 des Gesellschaftsvertrages erhielt durch Beschluss der Generalversammlung vom 29. Oktober 1930 einen zweiten Absatz, betr. die Rechte des Aufsichtsrats.
Gesellschaft für Export und Import technischer Erzeugnisse mit beschränkter Haftung, Mannheim: Ludwig Duffel ist nicht mehr Geschäftsführer. Kaufmann Julius Lorch in Schwetzingen ist zum Geschäftsführer bestellt. Helene Lorch geborene Mann, Ehefrau des Kaufmanns Julius Lorch in Schwetzingen, ist als Prokuristin bestellt.

Mannheim. A.373
Handelsregistereinträge vom 13. Dezember 1930:
Weinische Treuhänder-Gesellschaft, Aktiengesellschaft, Mannheim: Der § 15 des Gesellschaftsvertrages erhielt durch Beschluss der Generalversammlung vom 29. Oktober 1930 einen zweiten Absatz, betr. die Rechte des Aufsichtsrats.
Gesellschaft für Export und Import technischer Erzeugnisse mit beschränkter Haftung, Mannheim: Ludwig Duffel ist nicht mehr Geschäftsführer. Kaufmann Julius Lorch in Schwetzingen ist zum Geschäftsführer bestellt. Helene Lorch geborene Mann, Ehefrau des Kaufmanns Julius Lorch in Schwetzingen, ist als Prokuristin bestellt.

Mannheim. A.373
Handelsregistereinträge vom 13. Dezember 1930:
Weinische Treuhänder-Gesellschaft, Aktiengesellschaft, Mannheim: Der § 15 des Gesellschaftsvertrages erhielt durch Beschluss der Generalversammlung vom 29. Oktober 1930 einen zweiten Absatz, betr. die Rechte des Aufsichtsrats.
Gesellschaft für Export und Import technischer Erzeugnisse mit beschränkter Haftung, Mannheim: Ludwig Duffel ist nicht mehr Geschäftsführer. Kaufmann Julius Lorch in Schwetzingen ist zum Geschäftsführer bestellt. Helene Lorch geborene Mann, Ehefrau des Kaufmanns Julius Lorch in Schwetzingen, ist als Prokuristin bestellt.